

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Stefan Keuter, Dr. Malte Kaufmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/6723 –**

Ernährungssicherheit als zentrales Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit der Republik Mosambik mit Hilfe der deutschen Wirtschaft erreichen

A. Problem

Die Antragsteller verweisen darauf, dass die Republik Mosambik für die Bundesrepublik Deutschland der dritt wichtigste Handelspartner im südlichen Afrika sei; insgesamt hätte das Land im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) seit den 1980er Jahren rund 1,5 Milliarden Euro erhalten. Die Entwicklungskooperation wäre bislang allerdings kaum wirtschaftlich ausgerichtet gewesen und deutsche Unternehmen investierten dort kaum.

Die landwirtschaftliche Produktivität bleibe gering, da es wenig produktives Saatgut und einen zu niedrigen Düngemiteleinsatz gebe. Hinzu komme eine unzureichende ländliche Infrastruktur, die den Zugang zum Markt erschwere. Auch die Verarbeitung von Agrarrohstoffen sei sehr mangelhaft.

Dabei gebe es für die Landwirtschaft in Mosambik reichlich Ausbaupotenzial. Von einer fruchtbaren Fläche von etwa 36 Millionen Hektar würden derzeit nur rund 6 Millionen Hektar genutzt. Mit Hilfe moderner Technologien und nachhaltiger Anbaumethoden könnte sich das Land selbst mit Nahrungsmitteln versorgen.

Der Agrarsektor beschäftige zwei Drittel der erwerbstätigen Bevölkerung in Mosambik und da könnten sich die Innovationen in der Landwirtschaft positiv auf die Sicherheitslage im Land auswirken, denn hier könnten dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen werden.

So könne der Perspektivlosigkeit bei den jungen Menschen, die nach Auffassung der Antragsteller, einen Nährboden für Indoktrination und Rekrutierung durch Terrormilizen biete, entgegengewirkt werden. Außerdem würden Perspektiven im eigenen Land indirekt Fluchtursachen reduzieren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/6723 abzulehnen.

Berlin, den 5. Juli 2023

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Christoph Hoffmann
Amt. Vorsitzender

Manuel Gava
Berichtersteller

Dr. Wolfgang Stefinger
Berichtersteller

Deborah Düring
Berichterstellerin

Knut Gerschau
Berichtersteller

Dietmar Friedhoff
Berichtersteller

Bericht der Abgeordneten Manuel Gava, Dr. Wolfgang Stefinger, Deborah Düring, Knut Gerschau und Dietmar Friedhoff

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/6723** in seiner 103. Sitzung am 11. Mai 2023 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, die Ernährungssouveränität der Republik Mosambik zum Leitbild der deutschen EZ zu machen und eine langfristige entwicklungspolitische Strategie zu erarbeiten.

Die Antragsteller fordern weiter, die Entwicklung des ländlichen Raums stärker zu fördern, die Produktions- und Vertriebsgenossenschaften aufzubauen, die Lagerung der Ernte sowie die Produktion, Veredelung, Haltbarmachung und den Transport von Grundnahrungsmitteln zu verbessern sowie moderne Bewässerungsanlagen zu errichten.

Die Antragsteller fordern, den Transfer von Technologie und Know-how zu verstärken und einen wesentlichen Absatzmarkt für die Lieferung deutscher Landtechnik-Maschinen zu errichten sowie die Bewerbung um Aufträge solcher Projekte unbürokratisch zu gestalten.

Die Bundesregierung wird schließlich aufgefordert, zu vermeiden, dass die entwicklungspolitische Zielsetzung durch Maßnahmen des sogenannten Klimaschutzes kontrakariert würde, und deshalb solle sie sich für ein EU-Importverbot von Biomasse aus Mosambik einsetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 43. Sitzung am 5. Juli 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat die Vorlage in seiner 41. Sitzung am 5. Juli 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 39. Sitzung am 5. Juli 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** eröffnet, dass Mosambik im Südosten Afrikas, am Indischen Ozean, liege. Man spreche heutzutage davon, dass Mosambik ein „Failed State“, also ein hoffnungsloser Staat, sei. Neben Dürre und Hungerkatastrophen könne man aktuell im Norden eine Ausbreitung des ideologischen Islam erleben. Ruanda sei dort gemeinsam mit Kräften der Vereinten Nationen (VN) zur Befriedung eingesetzt. Dieser Terror entstehe immer dort, wo Hunger und Armut existierten. Mosambik sei einer der drei größten Wirtschaftspartner Deutschlands auf dem afrikanischen Kontinent, besonders im Bereich Aluminium. Obwohl die Wirtschaft irgendwie funktioniere,

sei Hunger an der Tagesordnung. Wenn man sich das Land anschau, dann stelle man fest, dass in den Bereichen der Ernährungssicherung und der Landwirtschaft nicht investiert werde. In Beira, der viertgrößten Stadt in Mosambik, habe die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mit einer Summe von 15 Mio. Euro einen Stadtpark gebaut. Es seien auch vier Schulklassen mit einem Budget von über einer Million Euro renoviert worden. Schließlich wären 100.000 Euro in einen Pflug investiert worden, der Bäume einpflanzen solle, wobei man vergessen hätte, dass man dazu auch einen Traktor brauche; der Pflug stehe nun herum und werde nicht benutzt. Mosambik sei einer der größten Maisexporteure, gleichzeitig müssten die Menschen hungern, weil es in dem Land keine Maismühlen gebe. Man müsse also für viel Geld Maismehl importieren. Diesen entwicklungspolitischen Irrsinn wolle die Fraktion der AfD unterbrechen und stattdessen in den Bereich der Ernährungssicherung investieren. Das wolle man zu einem Hauptpunkt der Entwicklungspolitik in der Partnerschaft mit Mosambik machen.

Die **Fraktion der SPD** entgegnet, dass in dem Antragstext behauptet werde, dass der Agrarsektor niemals konkret und sichtbar von der deutschen EZ berücksichtigt worden sei. Man empfehle der Fraktion der AfD das neue Transparenzportal des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zur Lektüre. Wenn man dort „Mosambik“ und „Landwirtschaft“ als Suchbegriffe eingebe, dann würden 59 sehr spannende, kleinere, aber auch große Projekte erscheinen. Wenn man weiter recherchiere, finde man eine große Anzahl anderer Trägerprojekte in Mosambik. Gemeinsam mit der Regierung in Mosambik habe man Investitionen in Höhe von über 100 Mio. Euro vereinbart, davon wären alleine 40,5 Mio. im Jahr 2022 in nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sowie Ausbildung und Beschäftigung investiert worden. Deutschland sei also vor Ort präsent, und somit seien die Anmerkungen im Antrag obsolet. Der vorliegende Antrag gehe außerdem ein wenig auf den technischen Bereich ein. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) habe dort mit Unterstützung eine Landwirtschaftsmesse geplant, und dementsprechend sei man auch in diesem Bereich aktiv. Die Fraktion der AfD behauptet, dass „die entwicklungspolitische Zielsetzung, den Hunger in Mosambik zu beseitigen, durch Maßnahmen des sogenannten Klimaschutzes kontrahiert“ würden. Nach Auffassung der Fraktion der SPD gehörten Ernährungssicherung und Klimaschutz natürlich zusammen, und das gelte in Afrika in besonderem Maß. Diese beiden Bereiche separat voneinander betrachten zu wollen, sei unlogisch. Die Fraktion der SPD lehne den Antrag ab.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verweist darauf, dass es nach eigener Recherche in dem Transparenzportal aktuell 15 laufende Projekte im Bereich Landwirtschaft und Ernährung mit Mosambik gebe; acht Projekte seien bereits unter der alten Bundesregierung angestoßen worden. In den zurückliegenden Jahren hätte es insgesamt 59 Projekte gegeben. Der deutsche Beitrag zur Ernährungssouveränität in Mosambik reiche von Fragen des Saatgutes, über Marktzugänge, bis hin zur Stärkung der Bevölkerung in Landrechtsfragen. Man würde also insgesamt bereits einige Dinge abdecken. Der Antrag der Fraktion der AfD sei schlecht vorbereitet und enthalte teils populistische Forderungen. Deswegen lehne die Fraktion der CDU/CSU diesen ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hebt hervor, dass man sich den Aussagen der Fraktionen der SPD und der CDU/CSU anschließe. Viele Forderungen im Antrag erfülle das BMZ bereits, wie Punkt 1 und Punkt 2. Die Fraktion der AfD verfolge keine entwicklungspolitische Zielsetzung, wie man an den Forderungen nach Exportmöglichkeiten für deutsche Traktoren und vermeintliche Terrorismusverhinderung sehen könne. Es gehe auch nicht um globale Gerechtigkeit oder darum, dass alle Menschen ein Leben führen könnten, das zumindest die Grundbedürfnisse sichern würde. Es gehe in dem Antrag vielmehr darum, Angst zu schüren, um dann mehr Migrationsminderung fordern zu können. Die Antragsteller würden Entwicklungsgelder letztendlich dazu nutzen wollen, um der deutschen Wirtschaft zu helfen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne diesen Antrag ab.

Die **Fraktion der FDP** weist darauf hin, dass der vorliegende Antrag dem gleichen Muster folge, wie viele andere Anträge der Fraktion der AfD: Zunächst würden Sachverhalte geschildert, die teilweise zutreffend seien. Dann folgten Forderungen, die obsolet seien, weil die Bundesregierung die jeweilige Problematik bereits erkannt und entsprechende Initiativen ergriffen hätte. Am Schluss komme dann immer die deutsche Wirtschaft ins Spiel, die man unterstützen müsse, denn der Globale Süden werde nicht als selbständiger Partner, sondern als Absatzmarkt gesehen. Das Entwicklungspotential der Landwirtschaft in Mosambik sei enorm. Es würden allerdings zu wenige Flächen genutzt, und die Produktivität sei gering. Deswegen sei es für die Bundesregierung wichtig, die Ernährungssysteme im Interesse der Bevölkerung und im Sinne von Resilienz und Nachhaltigkeit umzugestalten. Mosambik solle widerstandsfähiger gegen künftige Krisen werden und gleichzeitig eigene Wertschöpfungsketten aufbauen. Bundesministerin Schulze habe aus diesem Grund das „Bündnis für globale Ernährungssicherheit“ ins Leben gerufen. In Mosambik werde nun auf Initiative des BMZ ein grünes Innovationszentrum aufgebaut, dessen Ziele Diversifizierung im Anbau, Aufbau eines Netzes von Zulieferern und lokale Vermarktung seien. So sollten

die Ernährungssicherheit konkret verbessert, Arbeitsplätze geschaffen und der Absatz gesichert werden. Die Forderungen der Fraktion der AfD setze die Bundesregierung bereits um; die Fraktion der FDP lehne den Antrag ab.

Berlin, den 5. Juli 2023

Manuel Gava
Berichtersteller

Dr. Wolfgang Stefinger
Berichtersteller

Deborah Düring
Berichterstellerin

Knut Gerschau
Berichtersteller

Dietmar Friedhoff
Berichtersteller

